

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/4510



Akademie Sankelmark • Europäische Akademie Schleswig-Holstein • D - 24988 Oeversee

*[An den
Bildungsausschuss
des Schleswig-Holsteinischen Landtages]*

Dr. Rainer Pelka
Akademiedirektor

24988 Oeversee
Tel: 04630 55 0
Fax: 04630 55 199
eMail: info @ eash.de
Internet: www.eash.de

21. Juli 2009

Stellungnahme zum Antrag: Landeszentrale für politische Bildung zukünftig beim Landtag ansiedeln

Ich gebe die folgende Stellungnahme in meiner Eigenschaft als Sprecher des Arbeitskreises der Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten im Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins ab:

Unserer freiheitlich-demokratisch verfasstes Gemeinwesen geht von der Voraussetzung aus, dass seine Mitglieder die Fähigkeit zur Teilnahme am öffentlichen Leben, am politischen Diskurs und an der Gestaltung des Gemeinwesens haben. Diese Fähigkeit muss, wie andere auch, erlernt und kontinuierlich aktualisiert werden. Deshalb ist politische Bildung eine elementare Aufgabe des öffentlichen Bildungswesens, die nicht nur den schulischen, sondern auch den außerschulischen Weiterbildungsbereich umfasst.

Zu diesem Zweck sind in den Gründungsjahren der Bundesrepublik Deutschland mit Blick insbesondere auf den Bereich der außerschulischen politischen Erwachsenenbildung Landeszentralen und die Bundeszentrale für politische Bildung eingerichtet worden, um in der jungen Demokratie der Nachkriegszeit das demokratische Bewusstsein und die Fähigkeit zur Mitwirkung am politischen Leben zu fördern.

In den folgenden Jahrzehnten hat sich eine Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Bildungsbereichen in Sachen politischer Bildung eingespielt. Das grundlegende Erlernen findet in der Schule statt, die Aktualisierung und Vertiefung in der Erwachsenenbildung. In dieser Arbeitsteilung war in den letzten Jahren allerdings bereits ein Wandel festzustellen, der sich verstärken wird. Je mehr sich die Bundesrepublik zum Zuwanderungsland entwickelt, desto mehr wird die Vermittlung der Grundlagen politischer Bildung zur Aufgabe der auch außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Die kürzlich eingeführten Integrationskurse für Zuwanderer sind ein erster Hinweis darauf.

Das Land Schleswig-Holstein hat die Aufgabe, ein flächendeckend erreichbares Angebot an politischer Bildung für alle Menschen im Land zu gewährleisten. Der Begriff „flächendeckend erreichbar“ hat sowohl eine regionale Dimension, also von Lauenburg bis List und von Hel-

goland bis Heiligenhafen, als auch eine mentale, also für alle intellektuellen Niveaus, als auch eine finanzielle, die die Teilhabe an politischer Bildung nicht vom Geldbeutel abhängig machen darf.

Da Schleswig-Holsteins finanzielle Möglichkeiten beschränkt sind, wird es dem Land kaum möglich sein, über den schulischen Bereich hinaus ein entsprechendes Erwachsenenbildungsangebot vorzuhalten. Deshalb muss es Ziel des Landes sein, politische Bildung im außerschulischen Bereich zu ermöglichen, statt sie selbst zu veranstalten. Das geschieht am sinnvollsten und effektivsten durch die Unterstützung bereits aktiver Veranstalter und Träger außerschulischer politischer Bildung, deren Angebote in der Regel auch vielfältiger und zielgruppengerechter sind als staatliche Angebote und die weit eher schwieriges Klientel erreichen.

Für diese Aufgabe bedarf es eines geeigneten Instruments. Als ein solches Instrument bietet sich die bereits bestehende Landeszentrale für politische Bildung an, die allerdings ihre Aufgabe bisher nicht im Sinne der oben formulierten Zielsetzung verstanden hat. Deshalb muss die Landeszentrale auf folgende Strategie neu ausgerichtet werden:

1. außerschulische Veranstaltungen Dritter (flächendeckend und über alle Zielgruppen, mit Schwerpunkten in vernachlässigten Regionen und bei benachteiligten Zielgruppen) finanziell zu fördern und
2. den Akteuren und Gestaltern der politischen Bildung Informationen und Hilfsmittel an die Hand zu geben.

zu 1.: Aller Erfahrung nach ist außerschulische politische Bildung nicht kostendeckend an „Endverbraucher“ zu „verkaufen“ – außer vielleicht beim wohlhabenden Bildungsbürgertum in der dritten Lebensphase. Deshalb ist es notwendig, Veranstaltern finanzielle Förderung zu geben, mit der sie politische Bildung zu Preisen anbieten können, die die Zielgruppen auch bezahlen können und wollen. Ziel der Neuausrichtung der Landeszentrale für politische Bildung sollte es deshalb sein, durch Umschichtungen im vorhandenen Budget den finanziellen Freiraum für solche Fördermittel zu schaffen.

zu 2.: Eines der großen Probleme für die Gestalter der politischen Bildung ist der allgegenwärtige Zeitdruck. Eine angemessene Vorbereitung ist in der Regel eher Wunschtraum als Realität. Was die Akteure brauchen, ist inhaltliche und konzeptionelle/methodische Unterstützung, die zu aktuellen Problemstellungen kurzfristig, jederzeit und überall verfügbar ist. Deshalb ist das Internet heute zur wichtigsten Informationsquelle für die Politik-Lehrer in den allgemein bildenden Schulen und für die „Lehrer“ in der außerschulischen politischen Bildung geworden. Das Internet kommt ihrem Bedarf entgegen: Es ist schnell und unproblematisch verfügbar auf Föhr wie in Norderstedt oder Kiel. Das Internet hat jedoch auch Nachteile: Nicht alle Informationen sind seriös. Und es wird zunehmend schwieriger, die seriösen Informationen von den unseriösen zu unterscheiden. Ziel der Neuausrichtung der Landeszentrale für politische Bildung sollte es deshalb sein, als seriöser Anbieter ein aktuelles und verlässliches Hilfs- und Unterstützungsangebot für die Lehrer der politischen Bildung im Internet bereit zu halten und damit das vor 60 Jahren konzipierte Bücher-Verteil-System ins 21. Jahrhundert zu transformieren.

Eine Landeszentrale für politische Bildung mit einem solchen Konzept halte ich für eine dem Land Schleswig-Holstein angemessene Einrichtung. Sie würde Veranstaltungen Dritter fördern und keine eigenen Veranstaltungen für Endverbraucher (mehr) organisieren. Sie würde

ihre Informationen und Konzepte kostenlos im Internet zur Verfügung stellen. Sie würde sich aus staatlichen Mitteln finanzieren, statt (wie bisher) zusätzliche wirtschaftliche Einnahmen generieren zu müssen.

Eine Landeszentrale für politische Bildung mit einem solchen Konzept muss nicht teurer werden als in der Vergangenheit. Kosten für eigene Veranstaltungen und den Ankauf von Büchern und Zeitschriften fallen nicht an. Der Personalbedarf ist gering. Durch sachgerechte Organisationsentscheidungen sind Synergie-Effekte mit anderen (Landes-) Einrichtungen möglich, die den Großteil der Sachmittel für die zentralen Aufgaben verfügbar machen.

Deshalb ist das Wie und Wo der organisatorischen Ansiedlung der Landeszentrale eine im Vergleich zur strategischen Neuausrichtung zwar nachrangige, jedoch für deren Arbeitsfähigkeit und Effizienz ebenfalls bedeutsame Entscheidung. Dabei müssen die folgenden Voraussetzungen gewahrt sein:

- die – aus Sicht der Kunden glaubhafte – Überparteilichkeit, Transparenz, Erreichbarkeit und Kalkulierbarkeit der Angebote,
- eine der Aufgabe angemessen schnelle Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit.

Die organisatorische Anbindung der Landeszentrale für politische Bildung an den Schleswig-Holsteinischen Landtag wäre unter diesen Aspekten eine angemessene und adäquate Entscheidung. Dabei sollte Wert darauf gelegt werden, die eingeführte Marke "Landeszentrale für Politische Bildung" zu erhalten.

Oeversee, 21. Juli 2009
Dr. Rainer Pelka